

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 7. Oktober 1992

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	67	Dr. Kübler, Klaus (SPD)	21, 60
Dr. Babel, Gisela (F.D.P.)	68	Mehl, Ulrike (SPD)	1, 2
Beucher, Friedhelm Julius (SPD)	47, 48	Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	10, 11
Dr. Brecht, Eberhard (SPD)	45, 46	Mosdorf, Siegmар (SPD)	24, 25
Dreßler, Rudolf (SPD)	34, 35	Dr. Otto, Helga (SPD)	51, 52
Duve, Freimut (SPD)	6, 7	Paterna, Peter (SPD)	49, 50
Erlер, Gernot (SPD)	30, 31	Schily, Otto (SPD)	13, 14
Fischer, Evelin (Gräfenhainichen) (SPD)	53, 54	Schütz, Dietmar (SPD)	58, 59
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	62, 63	Schulte, Brigitte (Hameln) (SPD)	28, 29
Gansel, Norbert (SPD)	8, 9	Dr. Seifert, Ilja (PDS/Linke Liste)	4, 5
Harries, Klaus (CDU/CSU)	41, 42	Stiegler, Ludwig (SPD)	20, 66
Hedrich, Klaus-Jürgen (CDU/CSU)	56, 57	Wallow, Hans (SPD)	55, 64
Jäger, Claus (CDU/CSU)	65	Walz, Ingrid (F.D.P.)	38, 39
Jäger, Renate (SPD)	12, 17	Dr. Wetzel, Margrit (SPD)	36, 37
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	15, 16	Wittmann, Simon (Tännesberg) (CDU/CSU)	40, 61
Kolbe, Regina (SPD)	18, 19	Würfel, Uta (F.D.P.)	32, 33
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	26, 27	Zapf, Uta (SPD)	22, 23
Kubatschka, Horst (SPD)	43, 44	Zierer, Benno (CDU/CSU)	3

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	14

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
Welche Auswirkungen hat die EG-Verordnung für umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren auf die künftige Gestaltung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum ab 1993, und mit welchen ordnungsrechtlichen Anforderungen will die Bundesregierung sicherstellen, daß nur umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren in die Beihilferegelung der EG-Verordnung einbezogen werden?
2. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
Welche Möglichkeiten bestehen, reine Naturschutz- und Biotopschutzmaßnahmen aus EG-Mitteln, insbesondere aus den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, zu fördern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

3. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU)
Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung das für die Finanzierung der Pflegeversicherung freiwerdende Finanzierungspotential bei Wegfall eines gesetzlichen Feiertages, wenn dieser Feiertag der 3. Oktober oder der Pfingstmontag ist, wobei ein voller Arbeitstag ein Finanzierungsvolumen von ca. 6,5 Milliarden DM erbringt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

4. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(PDS/Linke Liste)
Welche Einkommensanalysen dienen der Bundesregierung als Grundlage für die Beschlüsse zur Anhebung der Mieten zum 1. Januar 1993 in den ostdeutschen Ländern?

- | | |
|---|---|
| 5. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS/Linke Liste) | Mit wieviel mehr bzw. weniger Wohngeldempfängern in den einzelnen Bundesländern Ostdeutschlands rechnet die Bundesregierung nach der Mieterhöhung zum 1. Januar 1993? |
|---|---|

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

- | | |
|---|---|
| 6. Abgeordneter
Freimut Duve
(SPD) | Wie begründet das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft seine Entscheidung, erstmals seit 30 Jahren vor der Gewährung eines Druckkostenzuschusses für das Themenheft „Ausländerrecht“ der WUS-Zeitschrift „Auszeit“ darauf zu bestehen, daß zuvor das Manuskript zur Prüfung vorgelegt wird? |
| 7. Abgeordneter
Freimut Duve
(SPD) | Mit welcher Begründung akzeptiert das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft die Auffassung des Bundesministeriums des Innern, daß eine Publikation wie das Themenheft „Ausländerrecht“ der „Auszeit“ nicht förderungswürdig sei, weil das Bundesministerium des Innern wie auch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung eigene Informationsmaterialien zu Fragen des Ausländerrechts herausgeben? |

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

- | | |
|---|--|
| 8. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD) | Ist die Darstellung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom Mittwoch, dem 9. September 1992, zutreffend, Bundeskanzler Kohl habe am Montag, dem 7. September 1992, in der Sitzung des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes seine Kritiker in der CDU gewarnt „zu zündeln“ und darauf hingewiesen, „daß man mittlerweile aus den Stasi-Akten genau wisse, wer in der Vergangenheit versucht habe, am Stuhl des Kanzlers und des Parteivorsitzenden zu sägen, und man werde ja auch bald erfahren, wer jetzt an seinem Stuhl säge“, und auf welchem Wege sind dem Bundeskanzler solche Informationen über seine innerparteilichen Gegner der Vergangenheit zur Verfügung gestellt worden? |
|---|--|

9. Abgeordneter
**Norbert
Gansel**
(SPD)

Woher nimmt der Bundeskanzler die aus dem oben genannten Zitat erkennbare Gewißheit, er werde auch über seine gegenwärtigen innerparteilichen Kritiker nachrichtendienstliche Informationen erhalten, und gedenkt der Bundeskanzler mit solchen Informationen auch in Zukunft die Kritiker in seiner Partei einzuschüchtern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

10. Abgeordneter
**Dr. Jürgen
Meyer**
(Ulm)
(SPD)

Wird die für Investitionen notwendige Belastung von Grundstücken auf dem Gebiet der neuen Länder häufig dadurch erschwert, daß die genauen Grenzen vieler Grundstücke – insbesondere von ungeteilten Hofflächen – unbekannt und nicht vermessen sind?

11. Abgeordneter
**Dr. Jürgen
Meyer**
(Ulm)
(SPD)

Erwägt die Bundesregierung, für das Gebiet der neuen Länder – aufgrund von Artikel 12 des Zweiten Vermögensrechtsänderungsgesetzes – eine Verordnung zur Schaffung eines vorläufigen Grundbuchs zu erlassen oder eine sonstige Lösung anzubieten, um Investitionshemmnisse bei unbekanntem Grenzverlauf abzubauen?

12. Abgeordnete
**Renate
Jäger**
(SPD)

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung durch die Tatsache, daß von Seiten der Verfügungsberechtigten noch bis zum 2. Oktober 1992 Investitionen in Grundstücke getätigt wurden, auf die später und bis zum Dezember 1992 Restitutionsansprüche gestellt werden konnten und können und ohne daß nach § 7 des Vermögensrechtsänderungsgesetzes bei einer Rückübertragung diese Investitionen zurückerstattet werden müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

13. Abgeordneter
**Otto
Schily**
(SPD)

Welche Nutzung plant die Bundesregierung für das Gelände des ehemaligen Militärflugplatzes Neubiberg?

14. Abgeordneter
Otto Schily
(SPD)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung das in Aussicht gestellte oder bereits erteilte Einverständnis mit einer Außenstart- und Landeerlaubnis für den Flugplatz Neubiberg?
15. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Warum schränkt die Stabsstelle der Berliner Treuhandanstalt zur Ermittlung von Wirtschaftskriminalität in ehemaligen DDR-Betrieben ihre Arbeit ein, bzw. warum legt der Oberstaatsanwalt R. sein Amt als Leiter der Stabsstelle nieder?
16. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß die Ermittlungen jetzt wesentlich länger dauern, da die Fälle künftig nur noch unbearbeitet an die Staatsanwaltschaft weitergegeben werden und die Staatsanwaltschaft selbst nicht genug Personal hat, um die Ermittlungen ausreichend fortzuführen?
17. Abgeordnete
Renate Jäger
(SPD)
- Inwieweit schafft die Bundesregierung die Möglichkeit, daß in den Fällen, in denen die Treuhandanstalt rechtswidrig gehandelt hat (zum Beispiel Verkauf von Betrieben, in denen sich ehemals kommunales Eigentum befand), eine Entschädigung gegen die Treuhandanstalt geltend gemacht werden kann, um nicht durch das Zweite Vermögensrechtsänderungsgesetz die Benachteiligung der Kommunen weiter zu betreiben?
18. Abgeordnete
Regina Kolbe
(SPD)
- Sind nach Ansicht der Bundesregierung die in der Fragestunde am 23. September 1992 gegenüber dem Abgeordneten Dr. Konrad Elmer auf mehrere Nachfragen durch den Parlamentarischen Staatssekretär Manfred Carstens verweigerten Angaben über allgemeine bzw. gemäß Stufenplan spezielle Nichteinhaltung von Arbeitsplatzzusagen vor dem Hintergrund korrekte Auskünfte gemäß tatsächlich vorhandenem bzw. möglichem Kenntnisstand möglich gewesen, wenn man berücksichtigt, daß laut „DIE ZEIT“ (Nr. 39/92, S. 32) vom 18. September die Präsidentin der Treuhandanstalt, Birgit Breuel, angegeben hat, daß ca. 20% bis 30% der Arbeitsplatzzusagen von den Käufern nicht erfüllt werden, und in Rechnung stellt, daß all diese Angaben in und gegenüber der Presse in einem direkten sachlichen und zeitlichen Zusammenhang mit dem von dem Abgeordneten Dr. Konrad Elmer und

anderen Abgeordneten in der schriftlichen Frageform sowie durch Nachfragen während der Fragestunde problematisierten Komplex Arbeitsplatzzusagen gestanden haben, und warum hat sich der Parlamentarische Staatssekretär nicht wenigstens auf diesen, offensichtlich bei Treuhand-Angehörigen vorhandenen, ungefähren Kenntnisstand bezogen, statt nur darauf zu verweisen, daß die entsprechenden Erhebungen seitens der Treuhandanstalt noch nicht abgeschlossen sind?

19. Abgeordnete
**Regina
Kolbe**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung dieses Antwortverhalten des Parlamentarischen Staatssekretärs Manfred Carstens vor dem Hintergrund, daß von Seiten verschiedener Mitglieder des Deutschen Bundestages wie auch in der Presse in der letzten Zeit mehrfach eine schleichende Aushöhlung des Kontrollinstruments „Fragerecht“ durch die Beantwortungspraxis der Bundesregierung beklagt worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

20. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)

Billigt die Bundesregierung die Aufforderung der Präsidentin der Treuhandanstalt an Unternehmen ihres Verantwortungsbereiches, mit subventionierten Kampfpreisen einen Verdrängungswettbewerb auf bestimmten Gütermärkten zu beginnen, und teilt sie meine Auffassung, daß die Treuhandanstalt nicht mit öffentlichen Mitteln Kampfpreise subventionieren darf, die zu einer Gefährdung von Betrieben führt, die sich am Markt mit eigenen Mitteln behaupten müssen?

21. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)

Sind der Bundesregierung die Konditionen der Urangewinnung und Verarbeitung in den Ländern, aus der die Bundesrepublik Deutschland Uran bezieht, bekannt, und wie bewertet sie die Auswirkung der Urangewinnung und Verarbeitung in diesen Ländern auf Mensch und Umwelt?

22. Abgeordnete
**Uta
Zapf**
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die internationale Reaktion auf die geplante Teilnahme des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Erich Riedl an einer Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des ersten „erfolgreichen“

Testfluges des Vorläufermodells (A-2-Rakete) der sogenannten V-2-Rakete in Peenemünde am 3. Oktober 1992 vernichtend gewesen ist und daß das Vorhaben des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Erich Riedl, an dieser Veranstaltung teilzunehmen, der Bundesrepublik Deutschland erheblichen politischen Schaden zugefügt hat?

23. Abgeordnete
**Uta
Zapf**
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die vom Bundesverband der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie e. V. (BDLI) geplante – und schließlich abgesagte – Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag in Peenemünde, und wie wird sich die Bundesregierung zukünftig bei ähnlichen Anlässen bei Anfragen zur Übernahme von Schirmherrschaften durch Regierungsmitglieder verhalten?

24. Abgeordneter
**Siegmar
Mosdorf**
(SPD)

Wer hat die Gedächtnisveranstaltung zum ersten Raketenabschuß am 3. Oktober 1942 initiiert?

25. Abgeordneter
**Siegmar
Mosdorf**
(SPD)

Wann hat der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Erich Riedl die Schirmherrschaft übernommen, und mit wem in der Bundesregierung war das abgestimmt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

26. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)

Trifft es zu, daß zu einer Trauerfeier für einen verstorbenen Soldaten die Angehörigen der Einheit des Verstorbenen Urlaub nehmen sowie mit dem privaten Pkw fahren müssen, wenn sie an der Trauerfeier teilnehmen wollen?

27. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Teilnahme an einer Trauerfeier für einen verstorbenen Soldaten auch im Sinne von Kameradschaftspflicht zu verstehen ist?

28. Abgeordnete
**Brigitte
Schulte
(Hameln)**
(SPD)

Trifft es zu, daß ein ab dem 1. Juli 1991 eingestellter Offiziersanwärter der Bundeswehr, wenn er dann zum Offizier des Heeres im Wehrbereich VII ernannt wird, nur 60% der Bezüge eines westdeutschen Offiziers erhält?

28. Abgeordnete
Brigitte Schulte (Hameln)
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Luftwaffe und die Marine dieser Ungerechtigkeit dadurch entgehen, daß sie alle Offiziersanwärter im Westen einstellen und auch hier zum Offizier ernennen?
30. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Beschlüsse hat die französische Regierung bisher für ihre Anteile am Euro-Korps in bezug auf dem Korps zu unterstellende Truppenteile und deren Stationierung gefaßt?
31. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Ist davon auszugehen, daß z. B. der Standort Breisach oder andere bisherige französische Garnisonen in Baden und Rheinland-Pfalz anders als bisher geplant nicht freigezogen werden, da die bisher dort stationierten französischen Einheiten dem Euro-Korps assigniert werden sollen, und um welche Standorte handelt es sich dabei im einzelnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

32. Abgeordnete
Uta Würfel
(F.D.P.)
- Wie gedenkt die Bundesregierung die ordnungsgemäße Arzneimittelversorgung der saarländischen Bevölkerung sicherzustellen, da im Saarland eine verstärkte Abwanderung des qualifizierten Apothekenpersonals zu verzeichnen ist, weil die Mehrzahl der saarländischen Apothekenleiter nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft der Apothekenleiter ist und folglich auch nicht an die Vereinbarungen des bundesweiten Tarifvertrags gebunden ist?
33. Abgeordnete
Uta Würfel
(F.D.P.)
- Wie gedenkt die Bundesregierung auf die saarländische Landesregierung einzuwirken, damit die überdurchschnittlich hohe Beschäftigung von Apothekenpersonal, das nicht für die Beratung über Arzneimittel qualifiziert ist (Apothekenhelfer/in), durch qualifiziertes Apothekenpersonal ersetzt oder ergänzt wird?
34. Abgeordneter
Rudolf Dreßler
(SPD)
- Wie hoch sind die Gesamtkosten der vom Bundesminister für Gesundheit im Zusammenhang mit seinen Gesetzesvorschlägen zu einer Gesundheitsstrukturreform derzeit in mehreren großen Zeitschriften geschalteten Anzeigen?
35. Abgeordneter
Rudolf Dreßler
(SPD)
- Welche anderen Ziele verfolgt der Bundesminister für Gesundheit mit dieser Anzeigenkampagne, nachdem ihr eine inhaltliche Aufklärung über die dem Deutschen Bundestag zugeleiteten

Gesetzentwürfe nicht zu entnehmen ist, und hat der Bundesminister für Gesundheit dabei geprüft, ob diese Kampagne dem engen rechtlichen Rahmen für Aufklärungsmaßnahmen der Bundesregierung entspricht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

36. Abgeordnete
**Dr. Margrit
Wetzel**
(SPD)

Wie hoch ist die Zahl der ausländischen Seeleute, die auf See- oder Binnenschiffen unter deutscher Flagge im nationalen bzw. im Zweitregister fahren, die entsprechend den Meldegesetzen der Länder am Sitz des jeweiligen Reeders gemeldet sind, und wie hoch ist der Anteil an der Einkommensteuer, der den jeweiligen Städten oder Gemeinden daraus zugute kommt, ohne daß die gemeldeten Einwohner dort leben?

37. Abgeordnete
**Dr. Margrit
Wetzel**
(SPD)

Trifft es zu, daß Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr bzw. der zuständigen untergeordneten Behörden an Fachgesprächen der DKE (Deutsche Elektrotechnische Kommission im DIN und VDE) mit Vertretern der Industrie u. a. zur Vorbereitung deutscher Forderungen und Ansprüche an die Qualität europäischer Normierungen elektrotechnischer Navigationsinstrumente (und anderer technischer Einrichtungen) bei Sitzungen der IEC nicht teilnehmen können, weil die Haushaltsmittel für die notwendigen Reisekosten nicht in angemessenem Umfang eingeplant werden, und in welcher Höhe müßten diese Mittel in den Haushalt eingestellt werden, um den deutschen Einfluß auf europäischen Sicherheitsstandard zu gewährleisten?

38. Abgeordnete
**Ingrid
Walz**
(F.D.P.)

Ist angesichts der Vollendung des europäischen Binnenmarktes 1993 die Beschilderung auf großen Bahnhöfen, vor allem in der Nähe internationaler Flughäfen, nur auf Deutsch und nur mit internationalen Symbolen ausreichend, um eine Orientierung auch für ausländische Reisende zu garantieren?

39. Abgeordnete
**Ingrid
Walz**
(F.D.P.)

Teilt die Bundesregierung die Meinung der Deutschen Bundesbahn, daß nur bei den EuroCity-Zügen zweisprachige, ansonsten immer deutsche Ansagen – auch bei Fernzügen – ausreichend sind, um eine zuverlässige Information ausländischer Reisender zu gewährleisten?

40. Abgeordneter
Simon Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Gibt es Pläne der Bundesregierung, den weiteren Verkauf der Regional-Bahnbusgesellschaften einzustellen, und wie gedenkt die Bundesregierung in dieser Angelegenheit weiter zu verfahren?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

41. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Wie ist der derzeitige Sachstand der Verhandlungen zwischen westlichen Industrienationen und den GUS-Staaten, das Sicherheitsniveau sowjetischer Kernkraftwerke sowjetischer Bauart zu verbessern, und hat man sich auf ein gemeinsames Finanzierungsprojekt geeinigt?
42. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Besteht Aussicht auf baldige Abschaltung der Kernkraftwerke à la Tschernobyl?
43. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß eine Biotop-Kartierung, die auch bewaldete Flächen erfaßt, überflüssig und in ihrer Zielsetzung verfehlt ist, und wenn ja, warum?
44. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für rechtlich möglich, den Anteil der Entsorgungskosten am Gesamtpreis gesondert auf Produkten mit dem Grünen Punkt auszuweisen, um so das System für die Verbraucher transparenter zu machen, und wenn nicht, wann wird sie die entsprechenden rechtlichen Grundlagen dafür schaffen?
45. Abgeordneter
Dr. Eberhard Brecht
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Regelung der Altlastensanierung in den neuen Bundesländern nach dem Hemmnisbeseitigungsgesetz (BGBl. I 1991 Nr. 20, S. 766), der zufolge die zuständige Behörde den Erwerber von der Verantwortung dafür freistellen kann, als bloße Kann-Bestimmung ungenügend ist, um die neuen Eigentümer vor großen Verlusten bzw. vor dem Risiko des Existenzverlustes zu schützen, und hat sie die Absicht, eine neue Altlastenregelung vorzuschlagen, die die neuen Unternehmen von der Unsicherheit dieser Bestimmung befreit?

46. Abgeordneter
**Dr. Eberhard
Brecht**
(SPD)
- Wer trägt die Kosten für die von den Eigentümern in Auftrag gegebenen Gutachten zur Einschätzung der Gefährdung durch Altlasten, die von der Behörde in Verbindung mit dem Freistellungsantrag verlangt werden, allgemein und im speziellen Fall, daß die Freistellung noch nicht bestätigt wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

47. Abgeordneter
**Friedhelm Julius
Beucher**
(SPD)
- Weiß die Bundesregierung, daß die Deutsche Bundespost POSTDIENST eine Sondermarke zur Rettung des tropischen Regenwaldes (Wert 100 + 50 Pfennig) herausgegeben hat und über die Verwendung des zu erwartenden Erlöses von 15 Mio. DM weder eine Entscheidung getroffen hat, noch weiß, welches Gremium darüber entscheiden soll?
48. Abgeordneter
**Friedhelm Julius
Beucher**
(SPD)
- Ist es richtig, daß die Deutsche Bundespost für die erwähnte „Regenwald-Sondermarke“ auf der einen Seite mit großen Zeitungsanzeigen („Schluß mit dem Raubbau“) wirbt und andererseits nach wie vor Tropenholz verbaut, so wie zum Beispiel am Hamburger Fernsehturm, wo im Juni 1992 50 reparaturbedürftige Fenster gegen Teakholzfenster ausgetauscht wurden?
49. Abgeordneter
**Peter
Paterna**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis von der Tatsache, daß die Generaldirektion TELEKOM mit einem Schreiben in das vor dem Landgericht München laufende Strafverfahren gegen H. und W. eingegriffen hat, bei dem es um Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe und Abrechnung von Bauarbeiten der Oberpostdirektion München geht, die vom damaligen Präsidenten Alfred Meier aufgedeckt wurden, und was ist der Inhalt dieser Intervention?
50. Abgeordneter
**Peter
Paterna**
(SPD)
- Ist das Vorgehen der Generaldirektion TELEKOM mit dem Bundesministerium für Post und Telekommunikation abgestimmt oder sogar von diesem veranlaßt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

51. Abgeordnete
**Dr. Helga
Otto**
(SPD)
- Zieht die Bundesregierung in Erwägung, den WIP (Wissenschaftler-Integrationsprogramm)-Gruppen auch andere Möglichkeiten der Integration als die in die Universitäten zu ermöglichen?
52. Abgeordnete
**Dr. Helga
Otto**
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung die Gefahr, daß bei weiterem Zuwarten und der nun schon zwei Jahre andauernden Unsicherheit bei zum Teil ungenügenden Arbeitsbedingungen weitere Wissenschaftler auswandern und die ostdeutsche Forschungslandschaft weiter ausdünn?
53. Abgeordnete
**Evelin
Fischer**
(Gräfenhainichen)
(SPD)
- Wie viele Wissenschaftler arbeiteten 1989 an den wissenschaftlichen Akademien der DDR, und wie viele sind davon in das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) übernommen worden?
54. Abgeordnete
**Evelin
Fischer**
(Gräfenhainichen)
(SPD)
- Wie hoch ist die Zahl der Wissenschaftler, die bereits bis Mitte des Jahres an Hochschulen und anderen Integrationsadressaten integriert worden sind, und sieht die Bundesregierung ihre Zielvorstellung, 50% der Wissenschaftler bis 1995 durch das WIP zu integrieren, durch den sich gleichzeitig vollziehenden wissenschaftlichen Personalabbau an den Hochschulen in den neuen Ländern in Gefahr?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

55. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung dagegen ergriffen, daß die türkische Armee trotz anderslautender Versicherungen nun doch wiederum Schützenpanzerwagen und Waffen, die aus der Bundesrepublik Deutschland geliefert wurden, in Kämpfen gegen kurdische Städte und Dörfer in der Osttürkei einsetzt?

- | | |
|---|---|
| 56. Abgeordneter
Klaus-Jürgen Hedrich
(CDU/CSU) | Wie bewertet die Bundesregierung das „Ideenpaket“ des VN-Generalsekretärs zur Lösung des Zypern-Problems? |
| 57. Abgeordneter
Klaus-Jürgen Hedrich
(CDU/CSU) | Wie bewertet sie das Ergebnis der Zypern-Gespräche vom 15. Juli bis 14. August 1992 in New York? |
| 58. Abgeordneter
Dietmar Schütz
(SPD) | Welche Gründe sind dafür verantwortlich, daß die Bundesregierung das „Protokoll zum Antarktis-Vertrag betreffend den Umweltschutz“ auch ein Jahr nach der Zeichnung noch immer nicht ratifiziert hat, bzw. wann ist mit einer Ratifizierung seitens der Bundesrepublik Deutschland zu rechnen? |
| 59. Abgeordneter
Dietmar Schütz
(SPD) | Wie sollen angesichts des Fehlens einer unabhängigen Überwachungsbehörde sowie jeglicher Haftungsregelungen im Falle von Umweltschäden nach Ansicht der Bundesregierung die im Protokoll und den Anhängen festgelegten Schutzbestimmungen überwacht bzw. deren Übertretung sanktioniert werden? |
| 60. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung den Verlauf und Ausgang der ersten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen nach 30 Jahren in Angola, und wie schätzt die Bundesregierung die weiteren Beziehungen zur neuen, demokratisch gewählten angolanischen Regierung ein? |
| 61. Abgeordneter
Simon Wittmann (Tännesberg)
(CDU/CSU) | Welche konkreten Verhandlungsziele hat die Bundesregierung bei den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut, und teilt sie die Meinung, daß eines der Verhandlungsziele eine Vereinbarung sein sollte, daß alle benötigten zivilen Arbeitsplätze von Ortsansässigen besetzt werden? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|---|
| 62. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU) | Was ist der Bundesregierung über kommerzielle Schlepperorganisationen zum Zwecke der Einreise als Asylbewerber bekannt? |
|--|---|

63. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung zur Unterbindung dieser Aktivitäten?
64. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das Zusammenwirken von Gewalttätern, die Asylbewerber sowie andere ausländische Mitbürger verfolgen, und der vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen als rechtsextremistisch eingestuften Partei „Die Republikaner“?
65. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Beurteilung, daß Deutschland bereits eine Drehscheibe für die Aktivitäten der italienischen Mafia, der südamerikanischen Drogen-Kartelle und anderer Terrororganisationen geworden ist, und was beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um die verbrecherische Tätigkeit solcher Terrororganisationen auf deutschem Boden zu unterbinden?
66. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Welche Länder haben bisher konkret Bewerberinnen und Bewerber für Einzelentscheider beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge benannt, und wie viele Bewerbungen können nur deshalb nicht bearbeitet werden, weil Standortentscheidungen der Länder für eine Erstaufnahmeeinrichtung nicht erfolgt sind?
67. Abgeordneter
Jürgen Augustinowicz
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Werthebach, der direkte Parallelen zwischen der Weimarer Republik und heute sieht?
68. Abgeordnete
Dr. Gisela Babel
(F.D.P.)
- Hält der Bundesminister des Innern die vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in einem Rundschreiben vom 7. Juli 1992 zur Pflegeversicherung und zu dem Kompensationsvorschlag eines Karenztages bei der Lohnfortzahlung unter Berufung auf eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 17. Dezember 1959 zum Arbeiterkrankheitsgesetz vertretene Auffassung, gesetzliche Neuregelungen in diesem Bereich setzten entgegenstehende Tarifverträge außer Kraft, mit der verfassungsrechtlichen Garantie der Tarifaufonomie für vereinbar?

Bonn, den 2. Oktober 1992

